



# **Wasserbeschaffungsverband Grabenstätt**

## **Verbandssatzung**

vom 21.05.1999  
geändert am 30.05.2001

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>A. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN</b> .....	<b>4</b>
§ 1 Name, Sitz.....	4
§ 2 Rechtsstellung.....	4
§ 3 Aufgabe.....	4
§ 4 Unternehmen.....	4
<b>B. RECHTSVERHÄLTNISSE ZU DEN MITGLIEDERN</b> .....	<b>5</b>
§ 5 Mitgliedschaft und Mitgliederverzeichnis.....	5
§ 6 Benutzung von Grundstücken für das Unternehmen.....	5
§ 7 Beiträge.....	5
§ 8 Auskunftspflicht.....	6
§ 9 Anordnungsbefugnis.....	6
§ 10 Zwangsmittel und Ordnungsgewalt.....	6
§ 11 Rechtsbehelf.....	6
<b>C. VERFASSUNG UND VERWALTUNG</b> .....	<b>7</b>
§ 12 Verbandsorgane.....	7
<b>I. VERBANDSVERSAMMLUNG</b> .....	<b>7</b>
§ 13 Zusammensetzung der Verbandsversammlung.....	7
§ 14 Aufgaben der Verbandsversammlung.....	7
§ 15 Einberufung der Verbandsversammlung.....	8
§ 16 Sitzungen der Verbandsversammlung.....	8
§ 17 Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung.....	8
<b>II. VORSTAND</b> .....	<b>9</b>
§ 18 Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes.....	9
§ 19 Geschäfte des Vorstandes.....	9
§ 20 Einberufung des Vorstandes.....	10
§ 21 Sitzungen des Vorstandes.....	10
§ 22 Beschlussfassung des Vorstandes.....	11
§ 23 Aufwandsentschädigung, Vergütung.....	11
<b>III. VERBANDSVORSTEHER</b> .....	<b>11</b>
§ 24 Aufgaben des Verbandsvorstehers.....	11
§ 25 Amtshandlungen des Verbandsvorstehers.....	12
<b>IV. VERWALTUNG</b> .....	<b>12</b>
§ 26 Geschäftsstelle und Dienstkräfte des Verbandes.....	12
§ 27 Verschwiegenheitspflicht.....	12
<b>D. RECHNUNGSWESEN</b> .....	<b>13</b>
§ 28 Haushaltsplan.....	13
§ 29 Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben.....	13
§ 30 Überschreiten des Haushaltsplans.....	13
§ 31 Aufnahme von Darlehen.....	13
§ 32 Tilgung von Schulden.....	13
§ 33 Prüfung des Haushalts.....	14
§ 34 Entlastung.....	14
<b>E. AUFSICHT</b> .....	<b>14</b>
§ 35 Staatliche Aufsicht.....	14
§ 36 Genehmigungspflichtige Verbandsveränderungen.....	14
§ 37 Zustimmungspflichtige Geschäfte.....	14
§ 38 Informationsrecht der Aufsichtsbehörde.....	15
§ 39 Verbandsschau.....	15

<b>F. AUFLÖSUNG UND ÜBERFÜHRUNG DES VERBANDES .....</b>	<b>15</b>
§ 40 Auflösungsbeschluss.....	15
§ 41 Abwicklung .....	16
<b>G. SCHLUSSBESTIMMUNGEN.....</b>	<b>16</b>
§ 42 Bekanntmachungen .....	16
§ 43 Inkrafttreten .....	16

# **Verbandssatzung des Wasserbeschaffungsverbandes Grabenstätt**

Aufgrund der §§ 6 Abs.1 und 2 sowie 79 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) vom 12.02.1991, BGBl I S. 405, erlässt der Wasserbeschaffungsverband Grabenstätt (nachfolgend kurz „Verband“ genannt) mit Genehmigung des Landratsamtes Traunstein folgende neue Verbandssatzung:

## **A. Allgemeine Vorschriften**

### **§ 1**

#### **Name, Sitz**

- (1) Der Verband führt den Namen „Wasserbeschaffungsverband Grabenstätt“.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz in Grabenstätt, Landkreis Traunstein.

### **§ 2**

#### **Rechtsstellung**

- (1) Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12.02.1991 und damit gemäß § 1 Absatz 1 dieses Gesetzes eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- (2) Der Verband regelt seine Rechtsverhältnisse und die Rechtsbeziehungen zu den Verbandsmitgliedern durch diese Satzung und die aufgrund dieser Satzung erlassenen Ordnungen, speziell die Abgabe von Wasser durch die „Wasserbezugsordnung“ (WBO) und die zu leistenden Beiträge und Gebühren durch die „Beitrags- und Gebührenordnung“ (BGO).

### **§ 3**

#### **Aufgabe**

- (1) Der Verband dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder; er erfüllt seine Aufgabe ohne Gewinnabsicht. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts. Er verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst.
- (2) Der Verband hat die Aufgabe, die im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke mit Trink- und Brauchwasser zu versorgen. Hierzu errichtet, betreibt und unterhält der Verband die erforderlichen Anlagen zur Gewinnung, Förderung, Speicherung, Fortleitung und Verteilung des Wassers (Unternehmen des Verbandes). Der räumliche Wirkungskreis des Verbandes umfasst die Ortsteile Grabenstätt-Ort, Kellerberg-, Höringer- und Oberaschauer Straße, Unteraschau, Oberaschau und Kalsperg.

### **§ 4**

#### **Unternehmen**

Das Unternehmen besteht im Wesentlichen aus den Gewinnungs- und Speicherungsanlagen (Quellfassungen, Brunnenanlagen, Hochbehälter usw.), dem Verteilungs-/Leitungssystem mit

Haupt- und Versorgungsleitungen und den verbandseigenen Grundstücken, ferner aus den der Erfüllung der Verbandsaufgabe dienenden Arbeiten, Maßnahmen und Handlungen.

## B. Rechtsverhältnisse zu den Mitgliedern

### § 5

#### **Mitgliedschaft und Mitgliederverzeichnis**

- (1) Der Verband unterhält ein Mitgliederverzeichnis und hält es auf dem Laufenden. Das Mitgliederverzeichnis ist nicht Bestandteil der Satzung.
- (2) Mitglieder des Verbandes sind die jeweiligen Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Grundstücke und Anlagen (dingliche Mitglieder) und die in § 4 Abs. 1 WVG aufgeführten weiteren Mitglieder.
- (3) Gemeinsame Eigentümer und Erbbauberechtigte eines Grundstücks gelten als ein Mitglied. Die gemeinsamen Eigentümer haben einen bevollmächtigten Vertreter zu bestimmen, der sie gegenüber dem Verband vertritt.
- (4) Die Aufnahme in den Verband als Verbandsmitglied sowie die Aufhebung, Heranziehung und Erweiterung der/zur Mitgliedschaft regeln sich nach §§ 23, 24, 25 WVG.

### § 6

#### **Benutzung von Grundstücken für das Unternehmen**

- (1) Der Verband ist berechtigt, die im Mitgliederverzeichnis eingetragenen Grundstücke und mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehende Grundstücke zum Durchleiten von Wasser (durch Haupt- und Versorgungsleitungen und die mit solchen Leitungen verbundenen technischen Einrichtungen) in Anspruch zu nehmen, soweit dies zur Durchführung des Unternehmens erforderlich ist. Entstehen durch die Benutzung eines Grundstücks dem dulddenden Mitglied unmittelbare Vermögensnachteile, kann vom Verband ein Ausgleich verlangt werden, der unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und des betroffenen Mitglieds zu bestimmen ist.
- (2) Der Eigentümer eines gemäß Absatz 1 durch den Verband in Anspruch genommenen Grundstücks kann die Umverlegung der Leitung und Einrichtungen im Grundstück verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle aufgrund wesentlich geänderter Umstände für ihn nicht mehr zumutbar sind.

### § 7

#### **Beiträge**

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband einmalige Beiträge und laufende Beiträge (Gebühren) zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgabe und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind. Die Einzelheiten der Erhebung von Beiträgen und Gebühren sind in der Beitrags- und Gebührenordnung des Verbandes festgelegt.
- (2) Die einmalig zu entrichtenden Beiträge erhebt der Verband zur Deckung des Aufwandes für die Herstellung, Anschaffung, Erweiterung oder Erneuerung der öffentlichen Wasserversorgungsanlage des Verbandes, soweit der daraus entstehende Finanzbedarf nicht durch Darlehen, Zuschüsse oder Sonderbeiträge abgedeckt ist. Die laufenden Beiträge (in der Beitrags- und Gebührenordnung „Gebühren“ genannt) erhebt der Verband zur Deckung seines

Aufwandes für den Betrieb und die Instandhaltung der Verbandsanlagen, die Verbandsverwaltung und den Kapitaldienst.

(3) Die Pflicht zur Entrichtung der Beiträge der dinglichen Mitglieder ruht als öffentliche Last auf den Grundstücken, mit denen die Mitglieder an dem Verband teilnehmen.

(4) Die Beitragsbemessung erfolgt unter den Grundsätzen des Vorteilsgedankens und der Gleichbehandlung (§ 30 Abs. 1 WVG).

## **§ 8 Auskunftspflicht**

(1) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, dem Verband auf Verlangen Auskunft über solche Tatsachen und Rechtsverhältnisse zu geben, die für die Beurteilung der mit der Mitgliedschaft verbundenen Rechte und Pflichten erheblich sind. Sie haben, soweit erforderlich, die Einsicht in die notwendigen Unterlagen und die Besichtigung der Grundstücke und Anlagen zu dulden.

(2) Die Auskunftspflicht besteht nur gegenüber solchen Personen, die durch den Verband zur Einholung der Auskünfte oder zur Einsicht und Besichtigung schriftlich ermächtigt sind.

## **§ 9 Anordnungsbefugnis**

Die Verbandsmitglieder haben die auf Bestimmungen des Wasserverbandsgesetzes, der Verbandssatzung und der Verbandsordnungen beruhenden Anordnungen des Vorstandes zu befolgen.

## **§ 10 Zwangsmittel und Ordnungsgewalt**

(1) Wird einer auf Bescheid beruhenden Geldforderung des Verbandes (Leistungsbescheid) nicht rechtzeitig entsprochen, so ist ein Säumniszuschlag nach den Bestimmungen der Abgabenordnung zu entrichten.

(2) Für die Anmahnung rückständiger Beiträge und Gebühren werden Mahngebühren in Anlehnung an das kommunale Kostenverzeichnis bei einer Forderung bis 255,00 Euro von 5,00 Euro, bei einer Forderung bis 500,00 Euro von 12,00 Euro und bei einer Forderung ab 501,00 Euro von 25,00 Euro erhoben.

(3) Die auf der Verbandssatzung beruhenden Anordnungen und Forderungen des Verbandes werden im Wege des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens vollstreckt. Das Verfahren richtet sich nach dem Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG).

## **§ 11 Rechtsbehelf**

(1) Gegen Verwaltungsakte des Verbandes sind die nach der Verwaltungsgerichtsordnung zulässigen Rechtsbehelfe gegeben.

(2) Bescheide des Verbandes sind mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

## C. Verfassung und Verwaltung

### **§ 12 Verbandsorgane**

Die Organe des Verbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Vorstand

### I. Verbandsversammlung

#### **§ 13 Zusammensetzung der Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung ist die Versammlung aller Verbandsmitglieder.

#### **§ 14 Aufgaben der Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie ihrer Stellvertreter
2. Beschlussfassung über Änderungen der Satzung, des Unternehmens, des Plans oder der Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes
4. Wahl der 3 Schaubeauftragten
5. Wahl von 2 Kassenprüfern
6. Festsetzung des Haushaltsplans sowie von Nachtragshaushaltsplänen
7. Einspruch gegen eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplans
8. Entlastung des Vorstandes
9. Festsetzung von Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse und von Vergütungen für Vorstandsmitglieder
10. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verband
11. Beratung des Vorstandes in allen wichtigen Angelegenheiten
12. Beratung und Beschlussfassung über alle Angelegenheiten, die der Versammlung vom Vorstand vorgelegt werden
13. Beschlussfassung über Erlass und Änderung der Wasserbezugsordnung und der Beitrags- und Gebührenordnung

## **§ 15**

### **Einberufung der Verbandsversammlung**

(1) Der Vorstandsvorsitzende, bei Verhinderung sein Stellvertreter, beruft die Verbandsversammlung mit mindestens 14-tägiger Frist zu den Versammlungen ein. Die Einladung muss Tagungsort, Tagungszeit und Beratungsgegenstände sowie einen Hinweis zur Einreichungsfrist für Beschlussanträge (§ 17 Absatz 6) enthalten.

(2) Die Verbandsversammlung ist nach Bedarf, mindestens einmal im Jahr, einzuberufen. Sie muss außerdem einberufen werden, wenn es ein Drittel aller stimmberechtigten Mitglieder beantragt.

## **§ 16**

### **Sitzungen der Verbandsversammlung**

(1) Der Vorstandsvorsitzende, im Verhinderungsfall sein Vertreter, bereitet die Beratungsgegenstände der Verbandsversammlung vor und führt in ihr den Vorsitz. Er hat Stimmrecht, wenn er Verbandsmitglied ist.

(2) Die Vertreter der Aufsichtsbehörde, der Geschäftsleiter und der Wasserwart des Verbandes haben das Recht, an den Versammlungen teilzunehmen. Auf Verlangen ist ihnen das Wort zu erteilen. Mitgliedern des Vorstandes kann unabhängig von einer Wortmeldungsliste das Wort erteilt werden.

(3) Die Versammlungen des Verbandes sind grundsätzlich nicht öffentlich. Pressevertretern und Gästen kann die Teilnahme vom Vorstandsvorsitzenden gestattet werden.

(4) Über die Sitzungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muss Angaben enthalten über den Ort und Tag der Sitzung, die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder, die behandelten Gegenstände und die gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse und die Ergebnisse von Wahlen. Die Niederschrift ist vom Vorstandsvorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

## **§ 17**

### **Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung**

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Verbandsmitglieder ordnungsgemäß geladen und ein Zehntel der Verbandsmitglieder anwesend sind.

(2) Für Beschlüsse über die Auflösung oder Umgestaltung des Verbandes oder die Übertragung oder Änderung von Verbandsaufgaben (§ 14 Nrn. 2 und 3 dieser Satzung) ist unbeschadet des Absatzes 5 eine Zweidrittelmehrheit der vertretenen Stimmen erforderlich.

(3) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und ist die Verbandsversammlung zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Verbandsmitglieder darüber beschlussfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen worden ist.

(4) Stimmberechtigt sind nur Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat nur eine Stimme ohne Rücksicht auf die Zahl seiner im Mitgliederverzeichnis eingetragenen Grundstücke.

(5) Die Versammlung beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Verbandsmitglieder. Es wird offen abgestimmt. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.

(6) Anträge von Verbandsmitgliedern, über die in der Versammlung Beschlüsse gefasst werden sollen, müssen mindestens eine Woche vor dem Versammlungstermin bei der Geschäftsstelle eingereicht werden.



(7) Bei Wahlen gelten die Absätze 1, 4 und 5 entsprechend; die Wahl wird durch einen aus drei Verbandsmitgliedern bestehenden Wahlausschuss geleitet, der durch Zuruf aus der Verbandsversammlung gebildet wird. Die Wahlhandlung ist grundsätzlich schriftlich durchzuführen; sie kann auch in offener Abstimmung durchgeführt werden, sofern die Mehrheit der anwesenden Verbandsmitglieder dafür stimmt und das sofort verkündete Wahlergebnis von niemandem sofort in Zweifel gezogen wird.

(8) Vorstandsvorsitzender/Verbandsvorsteher und dessen Stellvertreter:

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen der anwesenden Verbandsmitglieder erhält (qualifizierte Mehrheit). Wird die Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen statt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los. Haben im ersten Wahlgang drei oder mehr Bewerber die gleiche Anzahl von Stimmen erhalten, so entscheidet das Los, welche Bewerber in die Stichwahl kommen. Haben ein Bewerber die höchste, zwei oder mehr Bewerber die gleiche nächsthöhere Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, wer von diesen in die Stichwahl mit dem Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl kommt.

(9) Beisitzer des Vorstandes:

Gewählt wird in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer aus der Vorschlagsliste, die von der Verbandsversammlung aufgestellt wird, die Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen der anwesenden Verbandsmitglieder erhält (einfache Mehrheit). Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das Los.

## II. Vorstand

### § 18

#### **Zusammensetzung und Wahl des Vorstandes**

(1) Der Vorstand wird durch die Verbandsversammlung gewählt.

(2) Der Vorstand besteht aus dem Vorstandsvorsitzenden, dessen Stellvertreter und fünf Beisitzern. Der Vorstandsvorsitzende ist Verbandsvorsteher, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende ist stellvertretender Verbandsvorsteher.

(3) Das Amt des Vorstandes beginnt einen Tag nach der Wahl. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Die Neuwahlen haben bis spätestens drei Monate nach Ablauf der Amtszeit zu erfolgen. Der Vorstand bleibt bis zum Amtsantritt des neuen Vorstandes im Amt. Gleiches gilt für den zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung gewählten Vorstand.

(4) Wenn ein Vorstandsmitglied vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet, muss für den Rest der Amtszeit in der nächsten Verbandsversammlung Ersatz gewählt werden.

(5) Die Abberufung von Vorstandsmitgliedern regelt das Wasserverbandsgesetz (§ 53 Abs. 2 WVG).

### § 19

#### **Geschäfte des Vorstandes**

(1) Der Vorstand leitet den Verband und berät und beschließt über alle Verbandsangelegenheiten, die nicht durch das Wasserverbandsgesetz oder diese Satzung der Verbandsversammlung oder dem Verbandsvorsteher vorbehalten sind. Aufgaben des Vorstandes sind insbesondere:

1. Mitwirkung bei Satzungsänderungen
  2. Mitwirkung bei Änderungen der Verbandsaufgabe
  3. Entscheidung über die Aufnahme neuer Verbandsmitglieder
  4. Beschlüsse über die Benutzung von Grundstücken für das Unternehmen nach § 6
  5. Erlass der für die Durchführung der Verbandsaufgabe und der für die Unterhaltung und Benutzung der Verbandsanlagen erforderlichen Anordnungen
  6. Entscheidung in Rechtsbehelfsverfahren und über die Anwendung von Zwangsmitteln
  7. Entscheidung über Einstellung und Entlassung der Bediensteten des Verbandes
  8. Allgemeine Aufsicht über die Verbandsanlagen, die Verbandsarbeiten und die Bediensteten des Verbandes
  9. Aufstellung des Haushaltsplans und seiner Nachträge
  10. Aufstellung der Haushaltsrechnung
  11. Entscheidung über die Aufnahme von Darlehen und Kassenkrediten
  12. Entscheidung über sonstige Rechtsgeschäfte, die eine Verpflichtung oder Verfügung zu Lasten des Verbandes im Wert von mehr als 3.500,00 Euro beinhalten
- (2) Der Vorstand ist ferner zuständig für alle Angelegenheiten, die ihm durch Einzelbeschluss der Verbandsversammlung übertragen werden.

## **§ 20 Einberufung des Vorstandes**

- (1) Der Vorstandsvorsitzende, bei Verhinderung sein Stellvertreter, beruft den Vorstand mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein. Die Einladung muss Tagungsort, Tagungszeit und die Beratungsgegenstände enthalten. In dringenden Fällen kann der Vorstandsvorsitzende die Frist auf vierundzwanzig Stunden abkürzen, in der Ladung ist auf die Dringlichkeit hinzuweisen.
- (2) Der Vorstand ist nach Bedarf, mindestens einmal im Jahr, einzuberufen. Er muss einberufen werden, wenn es vier Vorstandsmitglieder unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragen.
- (3) Die Aufsichtsbehörde kann den Vorstand zur Sitzung einberufen; sie kann für sich die Leitung ohne Stimmrecht beanspruchen.

## **§ 21 Sitzungen des Vorstandes**

- (1) Der Vorstandsvorsitzende, im Verhinderungsfall sein Vertreter, bereitet die Beratungsgegenstände der Vorstandssitzung vor und führt in ihr den Vorsitz.
- (2) Die Vertreter der Aufsichtsbehörde, der Geschäftsleiter und der Wasserwart haben das Recht, an den Sitzungen beratend teilzunehmen. Auf Verlangen ist ihnen das Wort zu erteilen.
- (3) Die Sitzungen des Vorstandes sind grundsätzlich nicht öffentlich. Pressevertretern und Gästen kann die Teilnahme vom Vorstandsvorsitzenden gestattet werden.
- (4) Über die Sitzungen des Vorstandes ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift muss Angaben enthalten über den Ort und Tag der Sitzung, die Namen des Vorsitzenden und der anwesenden Mitglieder, die behandelten Gegenstände, die gestellten Anträge und die

gefassten Beschlüsse. Die Niederschriften sind vom Vorstandsvorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

## **§ 22**

### **Beschlussfassung des Vorstandes**

(1) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vorstandsmitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Vorstandsmitglieder anwesend ist.

(2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und ist der Vorstand zur Behandlung desselben Gegenstandes erneut geladen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Vorstandsmitglieder darüber beschlussfähig, wenn darauf in dieser Ladung hingewiesen worden ist.

(3) Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Der Vorstand beschließt mit der einfachen Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden Mitglieder. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

(4) Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn alle erschienenen Vorstandsmitglieder mit der Beschlussfassung einverstanden sind.

## **§ 23**

### **Aufwandsentschädigung, Vergütung**

Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz ihrer baren Auslagen. Durch Vorstandsbeschluss kann dem Vorstandsvorsitzenden eine Aufwandsentschädigung zugesprochen werden, deren Höhe vom Vorstand festgelegt wird, wenn sie über den Ersatz von Aufwendungen nicht hinausgeht; sonst entscheidet die Verbandsversammlung.

## **III. Verbandsvorsteher**

## **§ 24**

### **Aufgaben des Verbandsvorstehers**

(1) Der Verbandsvorsteher erledigt unbeschadet des § 26 in eigener Zuständigkeit alle Angelegenheiten des Verbandes, für die weder die Verbandsversammlung noch der Vorstand zuständig sind. Zu den Aufgaben des Verbandsvorstehers gehören insbesondere:

1. Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes
2. Vorsitz in der Verbandsversammlung und im Vorstand
3. Vorbereitung der Beratungsgegenstände und Vollzug der Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Vorstandes
4. Unmittelbare Aufsicht über die Verbandsanlagen, die Verbandsarbeiten und die Dienstkräfte des Verbandes
5. Aufsicht über die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben des Verbandes
6. Entscheidung über die Verpflichtungen und Rechtsgeschäfte für den Verband bis zu 3.500,00 Euro

(2) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Verbandsvorsteher weitere Angelegenheiten zur selbstständigen Erledigung übertragen werden. Der Verbandsvorsteher ist unbeschadet des § 19 dieser Satzung ferner zuständig für alle Angelegenheiten, die ihm durch Einzelbeschluss des Vorstandes übertragen werden.

## **§ 25**

### **Amtshandlungen des Verbandsvorstehers**

(1) Der Verbandsvorsteher ist berechtigt, anstelle der Verbandsversammlung und des Vorstandes unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen. Über die unaufschiebbaren Geschäfte hat der Verbandsvorsteher dem zuständigen Organ in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

(2) Der Verbandsvorsteher ist berechtigt, im Rahmen der Gesetze, Verbandssatzung und Verbandsordnungen dringliche Anordnungen, insbesondere zum Schutz des Verbandsunternehmens, zu treffen. Über die Anordnungen hat der Verbandsvorsteher dem Vorstand in der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

(3) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Die Erklärungen sind durch den Verbandsvorsteher, im Verhinderungsfall durch seinen Stellvertreter, zu unterzeichnen; das gilt nicht für Geschäfte, die für den Verband eine einmalige Verpflichtung von nicht mehr als 1.000,00 Euro mit sich bringen.

## **IV. Verwaltung**

### **§ 26**

#### **Geschäftsstelle und Dienstkräfte des Verbandes**

(1) Der Verband unterhält eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle unterstützt den Verbandsvorsteher nach seinen Weisungen bei den laufenden Verwaltungsgeschäften.

(2) Der Vorstand bestellt für die Geschäfts- und Kassenführung einen Geschäftsleiter. Dieser ist zugleich Schriftführer. Der Vorstand kann durch gesonderten Beschluss eigene Zuständigkeiten nach § 19 dieser Satzung auf den Geschäftsleiter übertragen.

(3) Der Vorstand hat nach Bedarf Verwaltungskräfte für die Geschäftsstelle, Wasserwarte für die Wartung und Instandhaltung der Verbandsanlagen und einen Techniker für die Durchführung des Verbandsunternehmens einzustellen.

(4) Die Durchführung der Kassen- und Bankgeschäfte erfolgt nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Geschäftsleiter.

(5) Die gegenüber Instituten (Banken, Post usw.) zeichnungsberechtigten Bediensteten werden vom Vorstand bestimmt.

### **§ 27**

#### **Verschwiegenheitspflicht**

Vorstandsmitglieder und Bedienstete des Verbandes sind verpflichtet, über alle ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben bekannt werdenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse Verschwiegenheit zu bewahren. Bei Übertragung von Verbandstätigkeiten ist Verschwiegenheitspflicht hinsichtlich der den Verband betreffenden Sachverhalte in die Vertragsgestaltung aufzunehmen.

## D. Rechnungswesen

### **§ 28 Haushaltsplan**

(1) Die Verbandsversammlung setzt alljährlich den Haushaltsplan des Verbandes und nach Bedarf Nachträge dazu fest. Der Vorstand stellt den Haushaltsplan und die Nachträge zum Haushaltsplan auf. Der Verbandsvorsteher teilt den Haushaltsplan und die Nachträge der Aufsichtsbehörde mit.

(2) Das Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Haushaltsplan kann bei geringem oder regelmäßig wiederkehrendem Geldverkehr auch für zwei Jahre aufgestellt und festgesetzt werden.

### **§ 29 Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben**

(1) Der Haushaltsplan enthält alle zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im kommenden Haushaltsjahr. Der durch Beschluss der Verbandsversammlung festgesetzte Haushaltsplan ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben.

(2) Gewinn wird nicht angestrebt. Überschüsse sind für Verbandsaufgaben einzusetzen. Sie werden nach Maßgabe des Haushaltsplans der Rücklage, die der Verbandsaufgabe zu dienen hat, zugeführt.

(3) Einnahmen des Verbandes, die nicht Beiträge oder Gebühren der Mitglieder sind, sind wie diese zur Bestreitung der Ausgaben zu verwenden.

### **§ 30 Überschreiten des Haushaltsplans**

Der Verbandsvorsteher kann für den Verband Ausgaben, die im Haushaltsplan nicht oder noch nicht festgesetzt sind, veranlassen, wenn der Verband dazu verpflichtet ist, ein Aufschub erhebliche Nachteile bringen würde und die Entscheidung der Verbandsversammlung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann. Bei unabweisbarem Bedürfnis darf er Anordnungen treffen, durch welche Verbindlichkeiten des Verbandes entstehen können, ohne dass hierfür ausreichende Mittel im Haushaltsplan vorgesehen sind.

### **§ 31 Aufnahme von Darlehen**

Der Verband ist berechtigt, außerordentliche Ausgaben durch Darlehen zu decken.

### **§ 32 Tilgung von Schulden**

(1) Für langfristige Darlehen, die nicht regelmäßig zu tilgen sind, sammelt der Verband die Mittel zur Tilgung planmäßig an.

(2) Zur Tilgung von Darlehen sind Tilgungspläne aufzustellen, daraus sich ergebende Tilgungsbeiträge sind in den Haushaltsplan einzusetzen. Für langfristige Darlehen sind mindestens die nach dem Darlehensvertrag erforderlichen Beträge in den Tilgungsplan aufzunehmen und im Haushaltsplan einzusetzen.

### **§ 33 Prüfung des Haushalts**

(1) Der Vorstand stellt die Haushaltsrechnung über alle Einnahmen und Ausgaben des vergangenen Haushaltsjahres gemäß dem Haushaltsplan auf und gibt sie im ersten Viertel des folgenden Haushaltsjahres mit allen Unterlagen zur Prüfung an die Kassenprüfer.

(2) Der Vorstand gibt den Kassenprüfern den Auftrag,

1. zu prüfen,
  - a) ob nach der Rechnung der Haushaltsplan eingehalten ist,
  - b) ob die einzelnen Einnahme- und Ausgabebeträge der Rechnung ordnungsgemäß, insbesondere durch Belege, nachgewiesen sind,
  - c) ob diese Rechnungsbeträge mit dem Wasserverbandsgesetz, der Satzung und den sonstigen Vorschriften im Einklang stehen.
2. das Ergebnis der Prüfung (den Prüfbericht) an den Vorstandsvorsteher und die Aufsichtsbehörde zu geben.

### **§ 34 Entlastung**

Der Vorstand legt die Haushaltsrechnung und den Prüfbericht der Kassenprüfer der Versammlung vor. Diese beschließt über die Entlastung des Vorstandes.

## **E. Aufsicht**

### **§ 35 Staatliche Aufsicht**

Der Verband steht unter der rechtlichen Aufsicht des Landratsamtes Traunstein.

### **§ 36 Genehmigungspflichtige Verbandsveränderungen**

(1) Der Verband bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde

1. zur Änderung der Satzung,
2. zu Beschlüssen über die Änderung oder Übertragung von Verbandsaufgaben (s. § 3 dieser Satzung),
3. zu Beschlüssen über die Umgestaltung oder Auflösung des Verbandes.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann eine Änderung der Satzung aus Gründen des öffentlichen Interesses fordern.

### **§ 37 Zustimmungspflichtige Geschäfte**

(1) Der Verband bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde

1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,

2. zur Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten unter deren Wert,
3. zur Aufnahme von Darlehen (Anleihen, Schuldscheindarlehen, anderen Krediten) in einer Höhe ab 35.000,00 Euro,
4. zur Bestellung von Sicherheiten,
5. zur Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen,
6. zu Rechtsgeschäften mit einem Mitglied des Vorstandes einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen,
7. zur Gewährung von Darlehen und anderem Kredit an Mitglieder des Vorstandes und an Dienstkräfte des Verbandes.

(2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die in einem der in Absatz 1 angegebenen Geschäfte wirtschaftlich gleichkommen.

### **§ 38**

#### **Informationsrecht der Aufsichtsbehörde**

(1) Die Aufsichtsbehörde kann sich über die Angelegenheiten des Verbandes unterrichten. Sie kann Berichte verlangen, Akten und andere Unterlagen anfordern sowie an Ort und Stelle Prüfungen und Besichtigungen vornehmen.

(2) Die Aufsichtsbehörde ist unter Angabe der Tagesordnung zu den Sitzungen der Verbandsorgane einzuladen.

(3) Der Aufsichtsbehörde sind die Ergebnisse von Wahlen anzuzeigen und die Haushaltspläne samt Nachträgen mitzuteilen.

### **§ 39**

#### **Verbandsschau**

(1) Eine regelmäßige Verbandsschau wird nicht durchgeführt.

(2) Innerhalb der Amtszeit des Vorstandes findet eine Verbandsschau statt, wenn dies durch die Verbandsversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden beschlossen wird. Die Verbandsversammlung wählt drei Verbandsmitglieder als Schaubeauftragte, der Vorstand legt Ort und Zeit der Verbandsschau fest, lädt die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde und bei Bedarf weitere Fachstellen zur Verbandsschau ein und bestimmt den Leiter der Verbandsschau. Der Leiter der Verbandsschau hat eine Niederschrift über den Verlauf und das Ergebnis der Verbandsschau zu fertigen. Im Übrigen gilt § 45 WVG.

## **F. Auflösung und Überführung des Verbandes**

### **§ 40**

#### **Auflösungsbeschluss**

(1) Über die Auflösung und Überführung des Verbandes beschließt die Verbandsversammlung gemäß § 17 Abs. 2 dieser Satzung. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Die Aufsichtsbehörde macht die Auflösung öffentlich bekannt und fordert die Gläubiger zur Anmeldung ihrer Ansprüche öffentlich auf.

**§ 41**  
**Abwicklung**

Die Abwicklung der Verbandsauflösung regelt sich nach § 63 WVG.

**G. Schlussbestimmungen**

**§ 42**  
**Bekanntmachungen**

(1) Die Verbandssatzung und deren Änderungen, die Übertragung und Änderung von Verbandsaufgaben sowie die Umgestaltung oder Auflösung des Verbandes werden im Amtsblatt der Aufsichtsbehörde bekannt gemacht. Der jeweilige Rechtsetzungsakt tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft, wenn nicht ein späterer Zeitpunkt festgelegt ist.

(2) Die Wasserbezugsordnung und die Beitrags- und Gebührenordnung sowie andere für die Mitglieder und die Öffentlichkeit bestimmte Mitteilungen des Verbandes werden im Amtsblatt für die Gemeinde Grabenstätt bekannt gemacht.

(3) Nur für die Verbandsmitglieder bestimmte Bekanntmachungen werden diesen schriftlich oder durch Abdruck im Amtsblatt der Gemeinde Grabenstätt mitgeteilt.

(4) Für die Bekanntmachung umfangreicher Mitteilungen genügt die Bekanntmachung der Stelle, an der das Schriftstück eingesehen werden kann.

**§ 43**  
**Inkrafttreten**

(1) Diese Verbandssatzung tritt am 01.07.1999 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 15.01.1989, bekannt gemacht im Amtsblatt für den Landkreis Traunstein Nr. 3 vom 20.01.1989, außer Kraft.

Grabenstätt, den 21.05.1999

WASSERBESCHAFFUNGSVERBAND GRABENSTÄTT

gez. Johann Stefanutti

(Verbandsvorsteher)

Diese Verbandssatzung beinhaltet die 1. Änderungssatzung vom 30.05.2001 gemäß § 58 Abs. 2 Satz 1 des WVG. Die Änderung der Satzung wurde nach § 58 Abs. 2 Satz 2 WVG im Amtsblatt für den Landkreis Traunstein am 29.06.2001 veröffentlicht.

Die Änderungssatzung tritt gemäß § 2 am 01.01.2002 in Kraft.